

Igitt, Wertekunde 2
Eine Diskussion in der BVV

Die WASG in R'dorf 3
von Renate Herranen

Gegen „Kartell sozialer Kälte“

In Reinickendorf kandidiert Andreas Wehr für **DIE LINKE.PDS**

DIE LINKSPARTEI.PDS geht in unserem Bezirk mit Andreas Wehr in die Bundestagswahl am 18. September. Der Reinickendorfer (51) ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Linksfraktion im Europäischen Parlament tätig und wurde auf der LandesvertreterInnen-Versammlung der Linkspartei.PDS Berlin als Direktkandidat im Wahlkreis 78 gewählt.

„Viele in Reinickendorf - so Andreas Wehr - wissen noch, dass ich 1994 für die SPD als Kandidat hier in diesem Wahlkreis angetreten bin. Mit meiner Direktkandidatur will ich nun deutlich machen, dass linkes, fortschrittliches Denken keinen Platz mehr in einer neoliberal gewendeten SPD hat. Wer heute für eine Wende in der deutschen Politik eintritt, muss vielmehr im September die Linkspartei.PDS unterstützen.“

DIE LINKSPARTEI.PDS Reinickendorf und die Bezirksgruppe der Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) haben einen engagierten Wahlkampf vereinbart für soziale und demokratische Alternativen zur Politik des „neoliberalen Kartells der sozialen Kälte“ der großen Koalition von SPD, B90/Grüne, CDU und FDP.

Muss es fünf Millionen Arbeitslose geben?

Alternativen der Linkspartei.PDS zu Hartz IV stellen Wirtschaftssenator **Harald Wolf** und **Andreas Wehr** vor.

5. September 2005, 19.00 Uhr
Ernst-Reuter-Saal, Rathaus R'dorf



„Das animierende Gefühl eines Aufbruchs“

„Die Wahlalternative (trifft sich) im »Roten Laden« der PDS. Wahlkampf vorbereitung, unter Teilnahme der PDS-Genossen... Das »lausige Lebensniveau« nach dem Alg-II-Regelsatz wird besprochen, das Elend des Sozialabbaus beschworen. Streit im Wahlkampf mit der PDS erwartet niemand... Die da reden, sind keine Populisten, die nur von der Wut der Leute profitieren

wollen. Sie wollen aufklären. Revolutionär oder im programmatischen Sinne radikal sind sie auch nicht. Was sie treibt, ist für die etablierten Parteien womöglich gefährlicher: das animierende Gefühl eines Aufbruchs, das Bewusstsein, für eine gesellschaftliche Veränderung zu stehen, die unterwegs ist... Sie haben keine ausgeprägte »linke Geschichte« hinter sich, sind Kinder der Wut über die Agenda 2010, die zum ersten Mal richtig Politik machen.“ **Aus: Die Zeit, Nr. 32/2005**

Übrigens fand es der „Zeit“-Autor irgendwie unüblich, dass im Roten Laden gelbe Rosen auf den Tischen standen. Wenn sie doch aber so schön sind!

Untergang des Abendlandes?

MdA Wolfgang Brauer über Reinickendorfer Kultur - und über eine BVV-Debatte um den Werte-Unterricht

Als kulturpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus ist es mir wichtig, „vor Ort“ zu sehen, wie die Situation in den Bezirken ist, wie sich Landespolitik dort auswirkt – und ich finde es wichtig zu sehen, wie die PDS gerade in den Westbezirken funktioniert. Dankbar bin ich dem Reinickendorfer Kulturstadtrat Thomas Gaudszun (SPD) für das sehr informative und offene Gespräch, das wir führen konnten.

Es war aufschlussreich zu sehen, wie der Bezirk angesichts immer knapper werdender Kassen um die Bewahrung einer kulturellen Grundstruktur ringt: in erster Linie das Bibliotheksnetz und die im Gegensatz zu den meisten anderen Bezirken dezentral arbeitende Musikschule. Ich glaube, hier sollte auch die Reinickendorfer PDS, die hoffentlich in der nächsten BVV wieder vertreten sein wird, sehr aufmerksam sein.

Eine Perle...

Wunderbar auch die Begegnung mit der Leiterin des Heimatmuseums, Cornelia Gerner. Das Museum ist eine Perle – und die Sonderausstellung „Berliner Schnitzel“ anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung verlohnt Besuch und Auseinandersetzung.

Der freundliche Empfang in der BVV hat mich berührt – die rüde Keilerei zwischen den Bezirksverordneten und die ungehobelten Hiebe auf den nicht anwesenden Senat (ein eklatanter Widerspruch zum kulturvollen Reinickendorf, das ich tagsüber erleben konnte) war eher abschreckend. Daß Baustadtrat

Wegner ein arroganter Politiker ist, weiß ich durch seine Auftritte im Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses. Ich wundere mich aber, dass sich Bezirksverordnete so etwas bieten lassen. Und verwunderlich auch, dass eine BVV, die Anlaß hat, sich um die Probleme des Bezirkes zu kümmern (ein bisschen schimmerte im Zusammenhang mit der Schulhortdebatte ja durch), den halben Abend Zeit nimmt, um ein Thema zu debattieren, auf das sie nun weiß Gott keinen Einfluß hat: Die geplante Einführung eines neuen Wertefaches an den Schulen. Das ist nun wirklich Sache von Senat und Abgeordnetenhaus.

...und ein Erlebnis der besonderen Art

Die Bürgermeisterin aber dazu reden zu hören, war schon ein Erlebnis: Salbungsvoll wurde der Untergang des Abendlandes beschworen. Orientierungslose Eltern (warum lassen die Reinickendorfer Familien sich solche Unterstellungen gefallen?) und ein wertevergessener Staat (Wer schenkt Frau Wanjura je ein Exemplar von Grundgesetz, Landesverfassung und Berliner Schulgesetz?) seien de facto Helfershelfer einer schon immer gottlosen PDS. Und die SPD treibe – wie schon in der DDR?! – die Religion aus der Schule.

Mich hat das ziemlich sprachlos gemacht, diese Mischung aus Papst Benedikt und Günter Schabowski zu DDR-Zeiten. Nun gut, es ist Wahlkampf und Ende September ist das hoffentlich vorbei – und dann komme ich gerne noch einmal.

Bezirksamt zu prüfen.

Eine Kleine Anfrage der Einzelverordneten Renate Herranen soll ein bisschen mehr Licht in Sache bringen. So wird nachgefragt, ob die Vorschläge des ehemaligen „leitenden Baudirektors des Bezirksamtes“ mit der örtlichen Bürgerinitiative abgestimmt sind und welche Finanzierungsgrundlagen angedacht sind. Angesichts leerer Kassen in Land und Bezirk könnte auch „Geld aus Brüssel“ für eine neue Anlegestelle nur Wunschtraum einer maßlosen Reinickendorf-Partei bleiben.

Horst Jusch

Elf **mündliche Anfragen** der Verordneten (Rekord!) führten auf verschiedene Schauplätze im Bezirk: von der Zukunft der Reinickendorfer Bewegungspädagogen über eventuell abstürzende Fassadenteile am Schwimmbad im Märkischen Viertel zur „barrierefreien Zuwegung“ zum Poloplatz, vom Kartenvorverkauf für die Krimnacht über die Serenade am See zur Bepflanzung auf Schulhöfen, vom Beachvolleyballfeld im „Fuchsbau“ über eine mögliche Briefwahl per Internet zum verblühten Sonnenblumenfeld gegenüber dem Rathaus.

SPD und B90 erkundigten sich nach der **Hortbetreuung an Schulen**. Schulstadtrat Ewers (CDU) vermittelt ein realistisches Bild über im Bezirk gefundene Lösungen und notwendige „Umplanungen“ wegen drastischer Mittelkürzungen. In der Debatte wurden das „Hopplahopp“-Verfahren (B90), der „Kraftakt“ (FDP) des Senats in der Bildungspolitik, die „bildungspolitische Katastrophe“ (Renate Herranen) gezeißelt; die SPD dagegen hielt das „besonders schnelle Tempo“ der Reformen für gerade richtig.

Ohne neue Argumente, aber umso wortgewaltiger bemühte die CDU erneut das Thema **Forensisch-therapeutische Ambulanz** in Tegel. Die Senatorinnen für Justiz und Gesundheit hatten dem Bezirksamt in einem ausführlichen Schreiben noch einmal die Beweggründe für ihre Entscheidung über den Standort der Einrichtung dargelegt. Die Verordneten erfuhren davon in einer Vorlage zur Kenntnisnahme in Erledigung der BVV-Entscheidung vom 10. März 2005. Anstatt gemeinsam mit Senatsbehörden, Polizei und Ordnungsamt eine gezielte Aufklärungsarbeit zu leisten, um verstärkt auf die subjektiven Befürchtungen der Anwohner einzugehen, will die CDU nun den „unsäglichen Umgang“ von Senatorin Schubert mit den Menschen „missbilligen“.

Bürgermeisterin Wanjura hatte offenbar bei ihrer Fraktion eine **Große Anfrage** (GA) „bestellt“, um sich 40 Minuten lang über die **Bedeutung des Religionsunterrichtes**, über Wertevermittlung und Orientierungslosigkeit in der Gesellschaft auszulassen. SPD-Fraktionvorsitzender Höhne sah sich veranlasst, von einer „äußerst peinlichen Rede“ zu sprechen (s. a. nebenstehend). **K. G.**

Neue Pläne für die Greenwichpromenade?

Neue Ideen soll es geben. Ein „Anlegesteg für große Schiffe“ soll dabei sein und ein „Karree mit Verkaufsständen für „Getränke, Snacks und Eis“ und sogar eine Kunstgalerie. Diese und andere Vorschläge hat offenbar der „Anwohner Karl-Heinz Czipulowski“ dem Bezirksamt bzw. der Bezirksbürgermeisterin Frau Wanjura (CDU) übergeben. Ein 27 Punkte umfassender Katalog soll eine „gute Grundlage“ bieten, so zumindest Baustadtrat Dr. Wegner (CDU), um die neuen (?) Pläne für die Umgestaltung der Tegeler Greenwichpromenade im



Mehr über die Arbeit der Bezirksverordnetenversammlung in unserem Bezirk - Termine, Anträge, Beschlüsse - finden Sie unter www.pds-reinickendorf.de/kommunales/themen

Termine
17.8.05, 17.00 Uhr
41. Tagung der BVV Reinickendorf,
Rathaus,
Eichborndamm
215/ 239

Andreas Wehr - immer noch links

Unser Direktkandidat in Reinickendorf

Andreas Wehr wurde 1954 in Berlin geboren und ist in Hermsdorf aufgewachsen, besuchte Realschule und Aufbaugymnasium und studierte Studium der Rechtswissenschaften an der FU Berlin.

Von 1985 bis 1989 war er Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion, von 1989 bis 1990 Leiter des Büros der Senatorin für Bundes- und Europaangelegenheiten Heide Pfarr, anschließend des Büros des Regierenden Bürgermeisters Walter Momper.

Von 1991 bis November 1999 war Andreas Wehr in der Senatskanzlei u.a. als Leiter der Dienststelle Berlin des Europabeauftragten des Senats beschäftigt. Seit Dezember 1999 ist er Mitarbeiter in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke des Europäischen Parlaments in Brüssel.

Von 1971 bis zu seinem Austritt aus der SPD im Oktober 1998 hatte er viele Funktionen in der SPD inne: 1976 bis 1978 stellvertretender

Landesvorsitzender, 1980 bis 1982 Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten, 1982 bis 1984 Vertreter der Jusos im Landesvorstand der Berliner SPD, 1990 bis 1994 Kreiskassierer in Reinickendorf, 1992 bis 1994 und von 1995 bis 1998 Beisitzer im SPD-Landesvorstand, 1991 bis 1998 Vorsitzender des Fachausschusses für europäische und internationale Politik der Berliner SPD.

Sein besonderes Interesse galt schon früh der Außen- und Europapolitik. So war er von 1993 bis 1995 Mitglied in der Kommission für Außen- und Sicherheitspolitik und von 1996 bis 1998 Mitglied in der Schwerpunktkommission Europa des Parteivorstandes der SPD, u. a. als Sekretär des Donnerstagskreises, einem Zusammenschluss der Berliner SPD-Linken. In den 70er und 80er Jahren war er in der Friedensbewegung aktiv. Aus Protest gegen den Jugoslawienkrieg trat Andreas 1998 aus der SPD

aus und ist seit April 2000 Andreas Mitglied der PDS bzw. heute LINKSPARTEI.PDS.

1989 und 1990 hatte er für die SPD für das Berliner Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Hermsdorf/Frohnau kandidiert und 1994 in Reinickendorf bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag. 1999 trat er - parteilos - auf der offenen PDS-Liste bei den Wahlen zum Europäischen Parlament an.

Andreas Wehr ist Mitglied der Gewerkschaft ver.di und war bis 1999 Mitherausgeber der SPD-nahen „Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft – spw“.

„Die Gesellschaftsform ist die beste, die den meisten Menschen den größten Erfolg gewährleistet.“

B. Brecht, Me-ti. Buch der Wendungen



Für eine neue Linke - die WASG in R'dorf

Wenn Sie mich fragen, warum wir gemeinsam Wahlkampf machen... / Von Renate Herranen

Die Bezirksgruppe der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) existiert in Reinickendorf seit Dezember 2004. Als wir das erste Mal zusammengesessen und diskutiert haben, waren wir gerade mal zu fünft. Nun sind wir in kurzer Zeit schon auf fast dreißig Mitglieder angewachsen. Dies zeigt, dass die neue Partei auch in unserem Bezirk angenommen wird.

Die meisten Mitglieder waren vorher nicht politisch aktiv, einige kommen von der PDS, den Grünen oder der SPD.

Uns eint die Entschlossenheit gegen eine Politik der sozialen Spaltung, die nur den wirtschaftlich Starken und Mächtigen nützt. Wir wollen keine Politik, die die Armen ärmer und zahlreicher und die Reichen reicher macht.

Wir haben allerdings eine sehr kritische Haltung zu einzelnen Aspekten der rot-roten Senatspolitik.

Wenn Sie sich jetzt fragen, warum wir mit der LINKSPARTEI.PDS-Reinickendorf einen gemeinsamen Wahlkampf machen, dann gebe ich Ihnen folgende Antwort:

Eine große politische Koalition betreibt in unserer Republik die Demontage des Sozialstaates. Eine wirksame Opposition gegen die Politik der "Agenda 2010" gibt es im Bundestag, mit Ausnahme zweier PDS-Abgeordneter, derzeit nicht. Die SPD hat sich inzwischen von sozialdemokratischen Grundsätzen verabschiedet. CDU/CSU und FDP wollen einen noch radikaleren Abbau der sozialen Sicherungssysteme und Arbeitnehmerrechte als die Koalition aus SPD und B90/Die Grünen.

Mit ihrer Umbenennung in „Die Linkspartei“ hat die PDS signalisiert, dass sie auf ihren offenen KandidatInnen-Listen zur Bundestagswahl gemeinsam mit der WASG und anderen demokratischen Linken antreten und eine neue linke Kraft in Deutschland aufbauen will.

Nur in einem breiten und solidarisches Bündnis wird es den Linken gelingen, wirklich neue Potenziale zu mobilisieren, überzeugende politische Alternativen zu entwickeln und durchzusetzen.

Zur neoliberalen Politik der letzten 25 Jahre in Deutschland gibt es mit der Linkspartei endlich eine für breite Bevölkerungsschichten wählbare Alternative. Wir wollen einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz-, Bildungs- und Sozialpolitik erreichen.

Mehr Infos zur Reinickendorfer WASG gibt es beim Vorsitzenden Peter Weigt

e-mail: peter-weigt@arcor.de

Zwei rechts, zwei links?

Man macht sich so seine Gedanken, wenn Wahlen ins Haus stehen. Sollte man jedenfalls. Man vergleicht diese Partei mit jener, jenen Politiker mit diesem. Man relativiert auch, auf die Gefahr hin, das größere gegen das kleinere Übel abzuwägen, (was man ja eigentlich gar nicht will!). Man fragt sich, woher Maßstäbe zu nehmen sind.

Manche meiner Freunde sagen unumwunden, sie hätten Angst. Sie fürchten Nazi-Reprise. Ich kann sie verstehen. Ich kenne auch niemanden, der auf die Idee käme, eine rechte Partei zu wählen. Nun stellt der 3. Senat des Bundesgerichtshofes die Losung „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ straffrei. Die Gesellschaft rückt ein weiteres erhebliches Stück nach rechts.

Wo also zieht man die Grenze? Und wer widersetzt sich diesem

Trend? Der unsägliche Ex-General Schönbohm etwa? Oder der Ignorant Schily? Gar der Kyritzer Bürgermeister mit seiner absurden Geschichtslüge? Unterdrückt wird alles, was links ist. Antikommunismus kittet, was rechts ist. Neonazis lassen sich benutzen. Ich bin sicher: sie brauchen die Ermunterung, und wahrlich, sie bekommen sie fast jeden Tag.

Kann ja sein, man mag die WASG nicht. Auch nicht die PDS. Ich könnte dafür sogar ein gewisses Verständnis aufbringen. Aber dass beide zur Wahl nicht gegeneinander antreten, ist vernünftig. Und ehe ich mich der Wahl überhaupt verweigere, will ich da mein Kreuz machen, wo ich sicher bin: die sind gegen rechts und werden Kriegseinsätzen nicht zustimmen.

Werner Wüste

Verdrängung statt Hilfe

So haben sie es schon immer gemacht wenn es Probleme gab - die Gutsituieren, die Etablierten, die Betuchten in den deutschen Städten. Probleme wurden nicht gelöst, sondern man wurde sie los.

Aber nicht etwa, in dem man Ursachen beseitigte, oder wenigstens therapeutisch agierte. Nein, unsere vermeintlichen Eliten machten und machen es sich meist einfach: Die Symptome müssen verschwinden. Das Augenscheinliche stört, Dreck muss weg – auch wenn er sich in Gestalt von Menschen darstellt.

Da hat sich unser Baustadtrat Wegner (CDU) wieder mal beispielhaft geäußert. Trinker sollen aus dem öffentlichen Straßenbild und aus den Parks verschwinden – zumindest aus Reinickendorf. Richtig zur Kasse will er sie bitten, die ungebetenen Gäste auf der Straße. Da wird anderes Maß angelegt, als bei den offiziellen „Biermeilen“, jenen Besäufnissen (auch in Reinickendorf), die Steuergelder in die leeren Staatskassen spülen sollen.

Ja, so ist er, unser Stadtrat. Die Volkskrankheit Alkoholismus passt nicht ins Schema, passt halt nicht einen bürgerlichen Bezirk. Er weiß zwar, dass Alkoholismus eine Krankheit ist, aber das berührt ihn als Stadtrat für Bauwesen natürlich nicht. Sollen sich Andere damit rumschlagen. Mehr Freizeitangebote lehnt er natürlich ab, das sei „Sozialromantik“. Ja, so denkt er – und mit dieser Denke will er, so wird gemunkelt, im nächsten Jahr dann auch ins Berliner Abgeordnetenhaus. Ob die jemanden mit so eingeschränktem Weltbild da wirklich brauchen können? Also, besucht Euren Stadtrat in seiner Stammkneipe. Vielleicht gibt er ja einen aus.

Horst Jusch

Erinnerung

2004: Detlef Dzembritzki, Mitglied des Bundestages, schreibt mit dem Datum vom 16. Juli an die Mitglieder des Kreisvorstandes der SPD Reinickendorf: „Zusammenfassend zu der Frage, ob Hartz IV sozial gerecht ist - nach meiner festen Überzeugung ist die Antwort: Ja.“

2005: Jeder sechste Reinickendorfer ist ohne Arbeit. 20 557 waren Ende Juli als arbeitslos registriert. Das sind 17,9 Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. In Berlin gab es 326 151 Erwerbslose (19,4 Prozent), in Deutschland 4,77 Millionen (11,5 Prozent).

Und da soll man nicht nach Alternative suchen? Am 18. September Linkspartei.PDS wählen!

Wahlworte

„Schroder will über die Agenda 2010 und Hartz IV abstimmen lassen. Das kann er haben.“

Lothar Bisky

„Es widerspricht meinem Politikverständnis, vor den Wahlen zu sagen, wer der Oma die Rente kürzt, ist unanständig, und nach der Wahl die Rente zu kürzen.“

Oskar Lafontaine

„Man muss die Politik ändern, wenn man die Linke nicht will.“

Heiner Geißler

„Die räuberischen Strukturgesetze des Kapitals lassen es räuberisch sein, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird.“

Karl Marx,

zweitgrößter Deutscher

Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel.
Öffnungszeiten:
Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
info@pds-reinickendorf.de
internet:
www.pds-reinickendorf.de

Termine

„Wie weiter mit der EU?“, Diskussionsrunde mit Helmut Markow (MdEP, Die Linke.PDS) und Jiri Mastalka (MdEP, KSCM); Moderation: Andreas Wehr am 31.8., 19 Uhr im Roten Laden

Infostände mit Andreas Wehr
16.8., 16 Uhr Kolpingplatz
18.8., 16 Uhr Märkisches Zentrum
20.8., 10 Uhr Gorkistraße
20.8., 14 Uhr Ernst-/Schubarthstr.